

Stand der VdK-Prottestaktion "Stoppt den Sozialabbau!"

Die große bundesweite VdK-Prottestaktion "Stoppt den Sozialabbau" konnte bereits mehr als 210.000 Proteststimmen von Bürgerinnen und Bürgern sammeln. Die Aktion des VdK gehört damit schon jetzt zu den größten, die jemals zu sozialpolitischen Themen im Internet in Deutschland organisiert wurden. Die Online-Prottestplattform und das Prottest-Thermometer, das die aufgeheizte Stimmung in Deutschland misst, werden auf jeden Fall noch bis Ende Januar 2011 im Internet erreichbar sein.

Zum Neujahrsempfang des Landrates dabei

Wie schon in den letzten Jahren wurde der Neujahrsempfang in der Bundeswehrhalle am Standort Sondershausen am 21. Januar 2011 durchgeführt. Der Hausherr und Standortälteste Oberstleutnant Klaus-Günther Glaab, Landrat Peter Hengstermann (CDU) und der Vorstandsvorsitzende der Kyffhäusersparkasse, Ulrich Heilmann, hatten zum Neujahrsempfang geladen und viele Gäste aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport und



weiteren Vereinen waren der Einladung gefolgt. Darunter auch Vertreter des Kreisverbandes Nordthüringen unseres Sozialverbandes VdK mit Kreisvorsitzenden Bernd Reiber und Goldi Morcinek, Vorsitzende des Ortsverbandes Bad Frankenhausen (im Foto rechts). Landrat Peter Hengstermann zog eine gute Bilanz und gab einen hoffnungsvollen Ausblick auf das Jahr 2011. Er dankte allen, die an dieser Bilanz Anteil haben und sagte u.a. "... unsere Vereine und Verbände, die

auf sozialem, sportlichem oder kulturellem Gebiet das Gemeinschaftsgefühl stärken, machen unsere Städte und Gemeinden lebenswert ... "

Start der VdK-Kampagne "Pflege geht jeden an"

Der Sozialverband VdK macht sich für pflegende Angehörige stark - Start der bundesweiten VdK-Kampagne "Pflege geht jeden an" in Berlin. "Pflegende Angehörige haben keine Lobby, und genau das wollen wir mit unserer Kampagne ändern", so die Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland, Ulrike Mascher, am 9. Februar 2011 auf einer Pressekonferenz in Berlin zum Auftakt der bundesweiten VdK-Kampagne "Pflege geht jeden an".



Gehörlose protestierten vor dem Thüringer Landtag

Die Sitzung des Landtages am 24. Februar 2011 beginnt mit einem stillen Protest - vor dem Landtag. Etwa 100 Gehörlose versammeln sich zur Mahnwache, um für einen so genannten Nachteilsausgleich zu demonstrieren. Gehörlosen-Geld steht auf einem Schild, das ein älterer Mann hochhält. Die knapp 2.000 betroffenen Thüringer fordern finanzielle Hilfe, um ihren Alltag bewältigen zu können. So wie in anderen Bundesländern. In Thüringen werden

Ausgewählte Beiträge „Aktuelles“ im I. Halbjahr 2011

bislang nur Blinde unterstützt. Die Veranstalter äußern gestikulierend ihre Forderungen, die Demonstranten heben ihre Hände: Applaus in Gebärdensprache.

Die Protestaktion läuft vor dem Hintergrund der gegenwärtig laufenden Novellierung des Thüringer Behindertengesetzes. Unser Kreisverband erhebt im Rahmen der "Aktion GIG Thüringen" u.a. die Forderung, den Finanzierungsvorbehalt aus dem Gesetz zu streichen.

Eine Erfolgsbilanz fand Anerkennung

Viele Gäste hatten sich am Vormittag des 26. Februar 2011 im Bad Frankenhäuser Rathaus eingefunden. Der Kreisverband Nordthüringen des Sozialverbandes VdK hatte zu einer festlichen Veranstaltung anlässlich seines 20. Geburtstages eingeladen. Es spricht für den guten Namen des Kreisverbandes dass sie vom Bundestagsabgeordneten, über



Landtagsabgeordnete und Landrat bis zum Vizebürgermeister der Stadt Bad Frankenhausen und aus befreundeten

Behindertenverbänden so freudig der Einladung nachgekommen waren. Das betrifft allerdings nur den Bereich des

Kyffhäuserkreises. Im Kreis Nordhausen, der ebenfalls zum Einzugsbereich des Kreisverbandes zählt, erfährt man diese Aufmerksamkeit leider noch nicht in dem Maße.



Die zahlreichen Ehrengäste kamen offensichtlich gern, um die Leistungen unseres Kreisverbandes zu würdigen



Unsere Freunde aus Fritzlar Homberg – ganz links Kreisvorsitzender Klaus Brandt

Rentenerhöhung entpuppt sich als Minusrunde

Ulrike Mascher, die Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland, bezeichnet die heute vom Bundessozialministerium angekündigte Rentenanpassung zum 1. Juli in Höhe von 0,99 Prozent als "für die Betroffenen enttäuschend". Mascher: "Die geringe Rentenerhöhung entpuppt sich wegen der steigenden Inflation, die im Februar die Zwei-Prozent-Marke überschritten hat, und den Kostensteigerungen im Gesundheitssystem unter dem Strich als Minusrunde. Der seit 2004 anhaltende Kaufkraftverlust der Rente setzt sich fort. Die Rentnerinnen und Rentner müssen wohl in Zukunft den Gürtel noch enger schnallen." ▷

Grundlagenpapier "Patientenrechte in Deutschland"

Am 22. März 2011 hat der Patientenbeauftragte der Bundesregierung ein Grundlagenpapier zum geplanten Patientenrechtegesetz veröffentlicht. Es soll noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Ziel ist es, Transparenz über die bereits heute bestehenden, umfangreichen Rechte der Patientinnen und Patienten herzustellen, die tatsächliche Durchsetzung dieser Rechte zu verbessern, zugleich Patientinnen und Patienten im Sinne einer verbesserten Gesundheitsversorgung zu schützen und insbesondere im Falle eines Behandlungsfehlers stärker zu unterstützen. In die Überlegungen der Bundesregierung zu einem Patientenrechtegesetz sind auch die wesentlichen Ergebnisse der Gespräche des Patientenbeauftragten der Bundesregierung mit maßgeblichen Beteiligten im Gesundheitswesen eingeflossen.

Billigdiscounter mit 0,99 Prozent

Jetzt ist es amtlich: Am 13. April hat das Bundeskabinett beschlossen, dass die Renten zum 1. Juli um 0,99 Prozent steigen. 0,99 Prozent, das klingt nach Sonderangebot im Billigdiscounter. Doch so wollen sich die 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner nicht länger abspeisen lassen. Letztes Jahr gab es eine Nullrunde, dieses

Jahr ein knappes Prozent, deutlich geringer als die aktuelle Teuerungsrate, die bei zwei Prozent liegt.

Grundrechte keine Frage der Haushaltslage

"Das ist noch kein großer Wurf" sagt die Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland, Ulrike Mascher, zum Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. "Der vorliegende Entwurf enthält trotz eines Handlungszeitraums von zehn Jahren nur einen auf kurzfristige Handlungen und Projekte beschränkten Maßnahmenkatalog. Wirklich zukunftsfähige Konzepte zur Inklusion sucht man darin vergeblich."

Auf Maschers Kritik stößt insbesondere, dass die vorgesehenen Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt stünden. "Es geht um die Umsetzung von Grundrechten für Menschen mit Behinderung. Das darf keine Frage der Haushaltslage sein", stellte die VdK-Präsidentin unmissverständlich fest.

Hörgeschädigte fordern bessere Integration

Der Regionalverband für Hörgeschädigte und tinnitusbetroffene Menschen hat im Juni 2011 über das Thema "Umgestaltung entsprechend des demografischen Wandels" informiert. Daran wie Fritz Apel (Foto rechts) informiert, hörten die 48 Teilnehmer, darunter auch Gäste von Parteien, aus Kommunalpolitik, Wirtschaft, und unseres VdK-Kreisverbandes einen Vortrag von Rolf Höfert, Geschäftsführer des Deutschen Pflegeverbandes.



Höfert sprach über die gesundheits- und pflegepolitische Situation und deren Perspektiven. Zudem informierte der Redner über das Profil des Paritätischen, die vielseitigen Dienstleistungen und die mögliche Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen dieses Spitzenverbandes. Gemessen an den bevorstehenden vielseitigen Aufgaben, Behinderte gleichberechtigt an den gesellschaftlichen Prozessen teilhaben zu lassen, hätten die Mitglieder des Regionalverbandes in der Vergangenheit mit der inhaltlich aufklärenden Gestaltung des Verbandslebens und der Öffentlichkeitsarbeit zu dieser Behinderung durch Hörschädigung, Ertaubung und Tinnitus eine wertschätzende Arbeit für Betroffene und Angehörige geleistet.

Nach wie vor aber sei eine schrittweise Verwirklichung von Erfordernissen zur Barrierefreiheit als Voraussetzung für die Umsetzung einer erfolgreichen Inklusion besonders hörgeschädigter Bürger flächendeckend nicht in Sicht. Eine Konzeption für die finanzielle Sicherung zur schrittweisen Verwirklichung sei zurzeit nicht bekannt. Jedoch wurde auch ein sehr erfreuliches Beispiel im Bürgerbüro in Sondershausen erwähnt. Dort steht zum besseren Wortverständnis hörgeschädigter Bürger seit einiger Zeit ein Hörverstärker zur Verfügung, der im Bedarfsfall eingesetzt werden kann.

Aktionsplan für Menschen mit Behinderung greift zu kurz

Als "zu unverbindlich" bezeichnete die Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland, Ulrike Mascher, den am 15. Juni 2011 im Kabinett verabschiedeten "Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung".

Der Plan enthalte keine rechtlichen Garantien und drohe deshalb zu einer gut gemeinten Absichtserklärung zu verkümmern, kritisierte Mascher. "Solange die Mehrheit der 9,6 Millionen Menschen mit Behinderung in Deutschland Schwierigkeiten hat, problemlos in Ämter, Arztpraxen, Kinos und Theater zu gelangen oder öffentliche Verkehrsmittel hindernisfrei zu nutzen, ist das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe im Alltagsleben für diese große Bevölkerungsgruppe noch lange nicht erreicht", erklärte die VdK-Präsidentin.

"Als Tropfen auf den heißen Stein" bezeichnete Mascher das Ziel der Bundesregierung, 4000 neue altersgerechte Jobs für schwerbehinderte Menschen über 50 Jahre zu schaffen. Angesichts von über 180.000 arbeitslosen Schwerbehinderten und einer im Vergleich zum Vorjahr steigenden Arbeitslosigkeit dieses Personenkreises, sei die Initiative der Bundesarbeitsministerin "bei weitem nicht ausreichend", um die Beschäftigungschancen der Betroffenen deutlich zu erhöhen.

(Michael Pausder)



Freifahrtberechtigung wird erweitert

Ab 1. September 2011 gibt es für 1,4 Millionen freifahrtberechtigte schwerbehinderte Menschen Erleichterungen im Bahnverkehr. Die Bundesregierung hat angekündigt, für diesen Personenkreis eine bundesweite Freifahrtberechtigung im Nahverkehr einzuführen. Die bisher geltende 50-km-Begrenzung soll wegfallen.

Vorbemerkungen zum

4. Sozialgipfel im Erfurter Landtag (1)

Zwischen Ehrenamt und Profession - Das war der Arbeitstitel des 4. Thüringer Sozialgipfels am 23. Juni 2011. Doch ehe wir auf diese Veranstaltung Thüringer Sozialverbände im Landtag eingehen, ein paar Vorbemerkungen. Die Sorge von Sozial- und Behindertenverbänden um die Auswirkungen verstärkten



Sozialabbaus u. a. durch die Hartz-Gesetzgebung aber auch in vielen anderen Bereichen ließ es 2008 zum ersten Gipfel dieser Art im Plenarsaal des Thüringer Landtages kommen. Organisatoren waren von Anfang an die Landesverbände des BRH, des VdK, der VS, des SoVD sowie die Landesseniorenvertretung Thüringens. In diesem Jahr kam der PARITÄTISCHE Thüringen dazu. Leider nicht vertreten sind bis heute die Behindertenfachverbände, wie der Allgemeine Deutsche

Behindertenverband bzw. die Verbände für sehbehinderte und Blinde, hörbehinderte und taube Menschen, Verbände für geistig Behinderte. Das vermittelt den Eindruck, dass Sachkenntnis in diesem Hause wohl nicht gefragt ist.

Wem diese Frage übertrieben erscheint, der sei daran erinnert, dass die Thüringer Landesregierung, das Blindengeld stark gekürzt hatte und dieses bis heute noch nicht wieder auf der bisherigen Höhe ist, trotz des Kampfes des Blinden- und Sehbehindertenverbandes. Auch die Novellierung des "Thüringer Gesetzes zur Gleichstellung und Verbesserung der

Integration von Menschen mit Behinderungen (ThürGIG)" könnte wohl gelinde gesagt besser laufen. Nehmen die Landesregierung und ihre beauftragten Kommissionen die Forderungen der betroffenen wirklich ernst? Sind sie etwa deshalb nicht gewollt bei diesem Gipfel im Landtag?

Fragen über Fragen. Wir stellen sie als Kreisverband, weil wir uns seit Jahren auf dem Gebiet engagieren und auch nur wenige und meist nicht befriedigende Antworten erhalten. Aber wir bleiben am Thema dran und genau deshalb waren wir zu allen vier Gipfeln dabei. Am 23. Juni 2011 vertraten unseren Kreisverband: Ingrid und Manfred Müller vom Ortsverband Ilfeld, Heidrun Tschee, Ingrid und Manfred Schmücking vom Ortsverband Bleicherode, Ina und Ronald Römer vom Ortsverband Artern sowie Monika und Wolf-Jürgen Träger vom Ortsverband Roßleben.

4. Sozialgipfel im Erfurter Landtag (2) Zwischen Ehrenamt und Profession

Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) eröffnete mit einem Grußwort die Veranstaltung. In diesem Jahr, dem Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit, steht der demografische Wandel unter dem Titel "Zwischen Ehrenamt und Profession – Perspektiven für die soziale Infrastruktur Thüringens" im Fokus der Veranstaltung. Diezel hob hervor: "In Thüringen sind rund 700.000 Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich tätig. Das sind ein Drittel aller Menschen unseres Landes, die durch ihr Tun Freude und Wärme, Herzlichkeit und Fürsorge, Mitleid und Einfühlungsvermögen spenden. In allen Bereichen, besonders aber in der Pflege sind wir angesichts der demografischen Entwicklung auf ehrenamtliche Kräfte angewiesen.

Ehrenamtler sorgen mit ihrem Engagement für eine Balance zwischen dem Ich und dem Wir, ein Gleichgewicht zwischen dem Prinzip der Selbstverwirklichung und den Werten der Gemeinschaft."

Während im Anschluss Dr. Hartmut Schubert, Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit sowie Andreas Beck, Projektleiter des Kompetenzzentrums für Strategische Sozialplanung mehr oder weniger die aktuelle beschrieben und die Bedeutung des Ehrenamtes hervor hoben, wurden die Vertreter der Verbände dann konkreter.



Dr. Claus Dieter Junker sprach für den Sozialverband VdK

Dr. Claus Dieter Junker, stv. Vorsitzender unseres Sozialverbandes VdK Hessen-Thüringen forderte die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Ehrenamtsarbeit. Dabei zeigte er recht emotionsvoll am konkreten Beispiel die Probleme bei der Pflege innerhalb der Familie

Ausgewählte Beiträge „Aktuelles“ im I. Halbjahr 2011

auf. Er verwies dabei auf die gegenwärtige Kampagne des Sozialverbandes zur Problematik der Pflege. Sie soll mithelfen im Vorfeld der Pflegereform die richtigen Akzente zu setzen. Die Rede von Dr. Claus Dieter Junker kann man am Ende dieses Beitrags als PDF-Datei lesen.

Dr. Frank Michael Pietzsch sprach als Vorsitzender der Volkssolidarität in Thüringen kritisch zur öffentlichen Anerkennung der Freiwilligentätigkeit durch die Regierung bis in die Kommunen und forderte diese Leistungen besser zu würdigen.

Heinz Basin zeigte als stv. Landesvorsitzender des BRH kritisch die Hemmnisse für das Ehrenamt auf. Sie beginnen nach seinen Erfahrungen bei fehlender Unterstützung für Verbände und Einrichtungen, welche sich bemühen soziale Hilfe zu organisieren, reichen über Unzulänglichkeiten bei der Novellierung des Thüringer Gesetzes zur Gleichstellung und Verbesserung der Integration von Menschen mit Behinderungen" (ThürGIG) bis hin zu noch immer unterschiedlichen Renten in West und Ost.

Dr. Volker Düssel als Vorsitzender der Thüringer Ehrenamtsstiftung verwies u. a. auf die große Wirtschaftskraft des Ehrenamts. Immerhin erwirtschaften 700.000 Ehrenamtler einen Wert von etwa einer Milliarde Euro.

Maik Nothnagel vom SoVD berichtete von seinen über zweijährigen erfolglosen Bemühungen in Thüringen eine "Assistenzgenossenschaft" zu gründen, die Assistenznehmer und -geber beraten soll. Dabei geht es u. a. darum, dass Assistenznehmer selbstbestimmt den Einsatz der Mittel in der für sie günstigsten Form organisieren.